

KLARTEXT

I
N
B
L
A
U

BRIGITTENAU



In Memoriam

Letzte Meldung
(nach Redaktionsschluß)

Die SPÖ Wien hat die Brigittenauer Feuerwache in einer beispiellosen Nacht- und Nebelaktion Mitte April geschlossen. Sechs Wochen vor dem vorgesehenen Termin. Auf Kosten der Sicherheit im Bezirk.

12.4.2011



Brigittenauer Freiheitliche kämpfen für Brigittenauer Feuerwehr (Seite 4)

Die letzten Wohlfühloasen im Bezirk (Seite 6)

Grüne Sorgen hätten wir gern - Frauenquote für Straßennamen (Seite 8)

Wiener Naturwacht wird abgeschafft (Seite 5)

Feuer am Dach - Keine Schließung der Berufsfeuerwehr im Bezirk (Seite 3)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Wie der Elefant im Porzellanladen!



Die Wiener SPÖ verhält sich derzeit mit ihrem grünen Anhängsel wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen. Beide betrachten Wien als ihr Eigentum und fahren, ohne Rücksicht und vor den Augen der staunenden Bevölkerung, über die selbige drüber, dass einem die Spucke wegbleibt. Die über Inserate oder eigene Medien verbreiteten Informationen gaukeln nicht nur die heile Welt vor, sondern sind auch teilweise falsch und würzen die politische Darbietung mit einer gesunden Portion Überheblichkeit.

Schließung der Gruppenwache Brigittenau!

Ein deutliches Beispiel dafür sind die Aussendungen der SPÖ-Brigittenau und die Aussagen des Herrn Bezirksvorstehers Derfler im Zusammenhang mit der Schließung der Gruppenwache der Wiener Berufsfeuerwehr im Bezirk. Da wird tatsächlich behauptet, dass unsere Feuerwehr alleine keine Brände löschen kann. Das ist unwahr! Und es ist ein Schlag ins Gesicht der Besatzung der Gruppenwache, die in den letzten Jahrzehnten viele Brände bereits in der Entstehung bekämpfen und Schlimmeres verhindern konnte. Ich bin überzeugt, dass sich die Bezirks-SPÖ ausreichend darüber informiert hatte und nun absichtlich die Bevölkerung für dumm verkauft, um die Schließung rechtfertigen zu können.

Das Sicherheits-Kompetenzzentrum!?

Damit die Schließung auch wirklich schmackhaft gemacht wird, bringt man das große Sicherheitszentrum ins Spiel, welches den Bezirk in Zukunft noch sicherer machen soll! Aha! Also behindert die seit 1929 im Bezirk stationierte Feuerwehr die Sicherheit im Bezirk? Aber wer kommt denn da überhaupt, um die Sicherheit so zu verbessern. Zwei Vereine: „Die Helfer Wiens“ und ein Stützpunkt des „Arbeiter Samariter-Bundes“. Faktum ist, eine Magistratsdienststelle der Stadt Wien zieht aus und zwei SPÖ-nahe Vereine ziehen ein, deren Aufgaben aber mit denen der Feuerwehr nicht zu vergleichen sind.

Die FPÖ will Schließung verhindern!

Wir Brigittenauer Freiheitliche sehen durch die Schließung eine massive Gefährdung der regionalen Sicherheit und zeigen dies auch auf. (Näheres im Blattinneren). Der SPÖ fällt nichts Besseres ein, als uns das Wechseln von politischem Kleingeld vorzuwerfen. Es ärgert sie natürlich, dass sie lauthals die Schließung verteidigen muss, die sie viel lieber still hingenommen hätte.

Bezirksparteiobmann
LABg. GR Gerhard HASLINGER

Themenverfehlungen und Mutbürger

Die Diskussion um die Änderung der österreichischen Bundeshymne zeigt nicht nur die völlig falsche Prioritätensetzung der Bundesregierung. – Oder haben wir wirklich keine anderen Probleme?! Sie zeigt auch die blinde Ignoranz der verantwortlichen Um-Dichter und ihrer politischen Steigbügelhalter. Die österreichische Geburtenrate macht allzu deutlich, daß es in unserem Land an Söhnen wie an Töchtern fehlt. Mit der aktuellen Geburtenrate ist das biologische Aussterben der autochthonen Österreicher nur eine Frage der Zeit.

Das Verschwinden derer, die in dieser Hymne besungen werden und die sie singen sollen, ist schon heute vorprogrammiert. Es sei denn, die politisch Verantwortlichen könnten sich endlich zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaftspolitik entschließen. Solange sie das nicht tun, kann gesungen werden, was will: die „Söhne und Töchter“ werden bald gebrechliche Bewohner eines landesweiten Geriatriezentrums sein, dem die Pfleger fehlen. Das sollten die Gender-Aktivistinnen bedenken, wenn sie ihre medialen Meinungsbildner aussenden, um ideologische Scheingefechte als dringende Gleichbehandlungsfrage zu verkaufen.

Ginge es um Gleichbehandlung und Gerechtigkeit, gäbe es weiß Gott viele Möglichkeiten, den bemängelten Status der Frauen zu heben, seien es Seniorinnen, Mütter, alleinerziehende Mütter oder pflegende Angehörige. Über eine Textzeile der Bundeshymne wird das nicht zu machen sein. Dazu braucht es Hirnschmalz und Herzblut und daran mangelt es ganz offensichtlich.

Aber diese Irreführung ist kein Einzelfall. Die Ablenkungsmanöver haben Methode. Ob es Kriminalitätsstatistiken oder Budgetzahlen sind, wird geschönt, daß sich die, dank Schengen außer Dienst gestellten Grenzbalken biegen. Von halb wichtigen Vorgängen am anderen Ende der Welt wird intensiver berichtet als über Großprobleme wie die soziale Schieflage vor der eigenen Haustüre. Die Informationsgesellschaft wird zur Desinformationsgesellschaft.

Daß auf diesem Fundament der Wutbürger geboren wurde, überrascht wenig. Wird dieser Wutbürger bald – und dazu wird er gezwungen sein – zum Mutbürger, der Selbstbehauptung als letzten Ausweg aus einem auf Selbstverleugnung und Ausverkauf des Familiensilbers basierenden System erkennt, geht es ans Eingemachte.

Das wissen jene, die heute noch an den Hebeln der Macht sitzen, sehr genau. Und sie lassen nichts unversucht, ihre Machtposition zu erhalten, solange es die übernationalen Institutionen, denen sie unser Land auf Gedeih und Verderb ausgeliefert haben, zulassen. Für den mündigen Staatsbürger bleibt vor diesem Hintergrund keine zweite Wahl, neben der, sich auf die Hinterbeine zu stellen und seine grundlegendsten Rechte einzufordern: das Recht auf Heimat, das Recht auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit sowie das Recht auf freien Zugang zu den wesentlichsten Lebensgrundlagen.

Das tun immer mehr Wutbürger. Wird ihre berechtigte Kritik zu konstruktiven Lösungsansätzen, formiert sich zwangsläufig eine kritische Masse von Mutbürgern. Diese wird das regierende politische System nachhaltig verändern, und weil die Hoffnung bekanntermaßen zuletzt stirbt, gehen wir davon aus: zum Besseren.

BR Michael Howanietz

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2012brigittenau@fpoe-wien.at

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at
„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.
Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;
Chefredakteur: Michael Howanietz; michael.howanietz@fpoe.at; Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@fpoe-wien.at
Titelbild: Quelle: Wolfgang Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.
Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.
Leserbriefe können aus Platzgründen nicht publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Foto:Sehner



FEUER am DACH!

STOPP: Keine Schließung des Standortes der Berufsfeuerwehr im Bezirk!

Die Schließung der Gruppenwache Brigittenau der Berufsfeuerwehr Wien soll noch vor dem Sommer 2012 erfolgen. Diese Maßnahme ist ein sicherheitspolitischer Drahtseilakt mit Absturzgarantie! Durch verbreitete Falschinformationen der Wiener und der Bezirks-SPÖ wird die Auflassung verharmlost und mit einem „Pseudo-Sicherheits-Kompetenzzentrum“ gerechtfertigt. Die Gruppenwache ist weder in die Jahre gekommen noch wäre sie nicht mehr zeitgemäß. Sie fällt einzig und allein dem Sparstift zum Opfer.

Frau Finanzstadträtin Mag. Brauner gab den Sparauftrag und Branddirektor Dipl. Ing. Dr. Hillinger traf die Auswahl der zu schließenden Standorte.

Für die Kostenexplosion bei der Sanierung der Hauptfeuerwache am Hof müssen nun die Brigittenauer Bezirksbewohnerinnen und Bewohner die Zeche zahlen. Denn statt 18 Mio. Euro hat die Sanierung 50 Mio. Euro gekostet. Diese Differenz muss nun wo anders eingespart werden. Die Bezirks-SPÖ leistet dabei gute Dienste bei der Falschinformation der Bevölkerung!

Die Fakten:

Warum gibt's Gruppenwachen?

Die Standorte der Feuerwehr in Wien wurden so aufgebaut, dass sie, punktuell in Wien verteilt, sehr rasch in einem bestimmten Umkreis einschreiten können.

Dieses System hat sich seit Jahrzehnten bewährt und ist international anerkannt.

Die Gruppenwache Brigittenau!

Seit 1929 besteht in der Raffaelgasse der Feuerwehrstandort mit einem Fahrzeug (Rüstlöschfahrzeug). Seit 83 Jahren war sie gut genug, den Bezirk ausgezeichnet zu schützen. Nun wäre sie nicht mehr zeitgemäß, obwohl vor 18 Jahren eine Generalsanierung erfolgte und vor einem Jahr eine neue Fernwirkanlage um ca. € 600.000,- installiert wurde.

Das Fahrzeug fährt Einsätze im 20., 2., 9., 19., Bezirk und gilt daher als die einsatzstärkste Gruppenwache in Wien!

Dass sie keine Vollbrände alleine löschen kann – wie von der SPÖ ständig behauptet – ist klar, aber sie kann Entstehungsbrände löschen und dadurch Vollbrände verhindern!

Ausrückordnung!

Bis vor kurzem galt die Devise, dass von der Alarmierung bis zum Eintreffen eines Fahrzeuges der Feuerwehr an jedem Ort in Wien nicht mehr als 5 Minuten vergehen würden. Nun wurde die Zeit auf 7-8 Minuten angehoben. 2-3 Minuten sind im Brandfall (Rauchgase!) eine kleine Ewigkeit und somit eine deutliche Verschlechterung der bisherigen Praxis.

Warum ist der Erhalt der Feuerwache im Bezirk so wichtig?

Die Brigittenau ist ein Inselbezirk. Außer von der Hauptfeuerwache Leopoldstadt gelangen alle anderen Feuerwehren nur über Brücken in den Bezirk. Diese Nadelöhre sind es, die die Anfahrts-

zeiten deutlich verlängern können. Die Feuerwehr aus dem 19. Bezirk muss über die Barawitzkagasse und Gunoldstraße fahren. Das Verkehrsaufkommen in den Stoßzeiten sollte bekannt sein.

Unser Bezirk besteht zum Großteil aus alter Bausubstanz. Die Gebarung des Mülls ist teilweise bedenklich. Illegal abgestelltes Mobiliar in Höfen und Kellern oder Müllgefäße in den Stiegenhäusern, stellen eine latente Brandgefahr dar.

Der Umgang mit defekten Heizstellen ist bei uns im Bezirk auch deutlich höher, als im wienweiten Vergleich.

Obwohl die Stadtentwicklungsgebiete Nordbahnhof und Nordwestbahnhof verbaut werden, wird die Feuerwehr eingespart.

Sicherheits-Kompetenzzentrum!

Klingt aufregend, ist es aber nicht! Die „Helfer Wiens“ sind ein Verein, der uns in Zukunft erklären wird, wie ein Feuerlöscher oder wie die Einhelfer- und Zweihelfermethode bei der Reanimation funktioniert. Sie bereiten die Bevölkerung auf die Selbsthilfe vor. Sie sind jedenfalls kein Ersatz für eine abgesiedelte gutfunktionierende Feuerwache. Der ASB (Arbeiter Samariter-Bund) erhält einen Stützpunkt mit Garage. Wenn man bedenkt, dass in der Gerhardusgasse (500 Meter entfernt) die Wiener Rettung eine Station mit 4 Fahrzeugen hat und der ASB mit einem Fahrzeug im Pensionistenheim Augarten stationiert ist, dann ist die vorgegaukelte Besserung eine reine Augenauswischerei.



„Stille Demo“ im Bezirksparlament Brigittenau. Fotos: Robert Lizar.

Brigittener Freiheitliche kämpfen für Brigittener Feuerwehr!

Wer der Sitzung der Brigittener Bezirksvertretung am 14. März beiwohnte, musste den Eindruck gewinnen, das Thema Zuwanderung stünde auf der Tagesordnung. Von Rot und Grün waren zu den freiheitlichen Redebeiträgen die altbekannten Kommentare und Zwischenrufe zu hören. Von „Schweinerei!“ über „Inhaltsschwäche“ und „Poltern“ bis zu gezielter „Verunsicherung der Bevölkerung“ reichte die Palette.

Aber nein. Es kam diesmal nicht die rotgrüne Faschismuskeule zum Einsatz, sondern ihre Abwandlung, der Empörungsprügel. Beide haben ihre Ursache in gelebter Demokratieverweigerung. Denn worum ging es und was wurde gesagt? Thema war die von der SPÖ beschlossene Schließung der Gruppen-

wache Brigittenau der Wiener Berufsfeuerwehr. Die freiheitlichen Redner hatten, unter Vorlage zahlreicher – bei objektiver Betrachtung - unstrittiger Fakten, auf schließungsbedingte Verlängerungen der Anrückzeit der Feuerwehr im Brandfall und die resultierende mutwillige Zusatzgefährdung etwaiger Brandopfer verwiesen.

Die Genossen, die besagte Schließung gern still und heimlich über die Bühne gebracht hätten, waren ob der unwiderlegbaren Argumente der Bezirks-FPÖ nervös und, deshalb, höchst aggressiv. Ihr Kampfredner, der die Sympathie eines Verhörspezialisten ausstrahlte, belehrte in schulmeisterlicher Art über die angeblichen Vorzüge des schwerwiegenden Nachteils und redete

um den heißen Brei, den vorgesetzte rote Köche verdorben haben. Sein Resümee: die Feuerwehr geht, die Sicherheit steigt. Eine Logik, die das Fundament nahezu jeglicher SPÖ-Politik ist und die die Erde kurzerhand wieder zur Scheibe erklärt. - Weil es die allmachtverwöhnte Wiener SPÖ so haben will.

Die Bürger wollen das aber nicht. Und die Brigittener wollen im Brandfall nicht 10 oder 15 Minuten (statt bisher maximal 5 Minuten) auf die rettenden Löscharbeiten oder Evakuierungsmaßnahmen warten, sondern die gewohnten Sicherheitsstandards bewahrt wissen. Deshalb unterstützen sie in großer Zahl die Kampagne der FPÖ Brigittenau.

„Unsere Feuerwehr muss bleiben!“





Wiener Naturwacht wird abgeschafft!



Mag. Udo Guggenbichler und LL Alfred Bedrava bei ihrem letzten Versuch, das neue Naturschutzgesetz aufzuhalten. Pressekonferenz: 28.3.2012. Foto: FPÖ

Die grün/rote Stadtregierung richtet sich wieder einmal. In Zeiten des Sparens werden Unsummen verprasst und gleichzeitig krisensichere Jobs für unausgebildete parteitreue Freunde geschaffen!

Am 30.3.2012 wurde im Wiener Landtag eine Novelle zum Wiener Naturschutzgesetz von SPÖ, ÖVP und den GRÜNEN beschlossen, um künftig verschärfte Strafen gegen Umweltsünder geltend machen zu können.

Negativer Beigeschmack: Mit dem Inkrafttreten wurden gleichzeitig auch die beeedeten Naturwachorgane abgeschafft, die seit Jahrzehnten ehrenamtlich die Einhaltung des Naturschutzgesetzes in Wien überwachen. Die Abschaffung der Naturwachorgane mit Neuerung der

Novelle ist nicht nachvollziehbar - auch in allen anderen Bundesländern werden ehrenamtliche Organe eingesetzt. Auf Anfrage des Gemeinderats Mag. Udo Guggenbichler an Bürgermeister Dr. Häupl und Stadträtin Mag. Sima bestätigten beide, dass keine negativen Vorfälle oder Gründe für die Abschaffung der Naturwacht vorliegen. Vielmehr wären auf Grund „geänderter Bedingungen“ nur noch Magistratsbeamte in der Lage, diese Tätigkeit auszuüben.

(Werktags, von 8h-16h. Anmerkung der Redaktion).

Über die wahren Hintergründe kann man nur spekulieren. Im Vorfeld der Novellierung ging ein Trommelfeuer an abwertenden bis beleidigenden Äußerungen gegen die Wiener Naturwachorgane

im Gemeinderat ein. Gestreut wurden diese von den den rot/grünen Gemeinderäten Erich Valentin und Rüdiger Maresch – vermutlich um das Feld für die Gesetzesänderung aufzubereiten: Insidern zufolge will die Stadt keine weisungsfreien (d.h. wirtschaftlich unabhängige) Organe, die das Naturschutzgesetz so wie bisher objektiv, mit Augenmaß und ehrenamtlich – also ohne jegliche Gegenleistung oder Anerkennung - vollziehen. Diese These untermauert auch eine Gesetzesstelle, wonach das künftige Naturwachorgan bereits „bei unangemessenem Auftreten“ abberufen werden kann – was immer man darunter verstehen will. Um den Kontrollapparat durchzusetzen scheint der Stadt nichts zu teuer, denn die neue Naturwache zahlen die Bürger.

Die Wiener Naturwacht hat unter anderem: den Twin City Liner Skandal, den Spechtmord, Naturdenkmalbeschädigungen und viele weitere Anschläge auf die Natur aufgedeckt. sowie, bei jedem Wetter, Wiens Amphibienrouten betreut und auch tatkräftig mitgeholfen das Donauinselfest sauber zu halten.

Aber anscheinend dürfte ich als langjähriger Landesleiter der Wiener Naturwacht gerade am Donauinselfest einigen roten Funktionären zu kräftig auf die Füße gestiegen sein? Da „Einer“ von ihnen immer meinte, für ihn gelten Gesetze und Verordnungen nicht!

BR Wolfgang Sehner



Fotos3: Sehner

Am 12. April 2012 wurde im Bezirksparlament Brigittenau, mit den Stimmen aller Fraktionen, eine sogenannte „**Bezirkentwicklungsgruppe**“ ins Leben gerufen!

Wir rufen daher SIE alle dazu auf, uns ihre Wünsche und Ideen zukommen zu lassen, um sie dann in dieser Gruppe einbringen zu können!

Kontakt: brigittenau@fpoe-wien.at; Tel.: 01/330 66 66; oder direkt an einen unserer Bezirksräte!



Die letzten Wohlfühloasen

Es gibt sie noch! Wenn auch von Jahr zu Jahr seltener. Gemeint sind Geschäfte in denen man sich wohl fühlt, sich persönlich angenommen und betreut fühlt.

Ein absoluter Geheimtipp für Damen ist die Boutique BANDOLERA OUTLET, (Foto oben) die seit 35 Jahren im Familienbesitz ist. Man stolpert zugegebenermaßen nicht darüber, befindet sie sich doch im Friedrich-Engels-Hof. Der Weg lohnt aber allemal. In angenehmer Atmosphäre kann man in aller Ruhe gustieren, wird kompetent und unaufdringlich beraten. Eine Tasse Kaffee oder ein Glas Sekt gestalten den Besuch noch angenehmer. Das Angebot reicht von sportlich bis elegant und umfasst auch Handtaschen und Schuhe.

Wer die Schließung der Buchhandlung am Wallensteinplatz bedauert, hat seit drei Jahren die Möglichkeit jedes von ihm gewünschte Buch in der Buchhandlung DERNIER KRI Dammstraße zu bestellen. Dauert eine Einzelbestellung in großen Buchhandlungen mitunter eine Woche und länger, hält man sein Wunschbuch innerhalb von zwei Tagen in Händen. Vom Namen DERNIER KRI darf man sich nicht täuschen lassen. Es ist nicht der letzte Schrei, der Herrn Kribala dazu bewogen hat, sondern sein

Name. Der Schwerpunkt des von außen unauffälligen Geschäftes liegt nämlich im Verkauf von antiquarischen Büchern. Dem Besucher bietet sich eine unglaubliche Fülle von teilweise erstaunlich gut erhaltener Qualität. Um nur einige der gut sortierten Fachgebiete zu nennen: Science Fiction, Kriminalromane, Medi-

zin, Religionen, Kunst, Technik, Reiseführer, Natur, Philosophie, Psychologie, englische und französische Literatur, Klassiker von A bis Z... Wenn das Wetter es erlaubt, stellt Herr Kribala Kisten vor die Tür. Bei gutem Blick kann man da durchaus mit fetter Beute abziehen. 1kg Buch kostet 1 €.





Wen herzlos zusammengebundene, in jedem Supermarkt erhältliche Blumensträuße nicht erfreuen, wendet sich an Frau Astrid Meyer, die das BLUMEN-ATELIER in der Jägerstraße betreibt. Vor 17 Jahren hat sie den alteingesessenen Betrieb übernommen und in ein Schmuckkästchen verwandelt. Sie hat nicht nur stets ein freundliches Wort bereit, erkundigt sich nach Familienangehörigen und ihrem Befinden, sondern erfüllt prompt jeden Kundenwunsch. Pflegeanleitungen für alle Topfpflanzen oder Gestecke, die ihr Geschäft verlassen, verraten das Herz mit dem sie bei der Sache ist.



Eine Wohlfühloase im wahrsten Sinn ist auf der Wallensteinstraße zu finden. Im Friseursalon ROMANA, den die Chefin mit Energie, bester Kundenbetreuung im klassischen Sinn und – trotzdem – Innovationsgeist betreibt, sieht man sich bestens aufgehoben. Schnitzer, die der Hobbyfriseur sich selbst zufügt, werden beseitigt, Pflegeratschläge sind selbstverständlich, Laufkundschaft wird genau so seriös behandelt wie die zahlreiche Stammkundschaft. Gratulation zum Geburtstag ist selbstverständlich. Das Team ist immer gut aufgelegt – hier am Faschingsdienstag in Verkleidung.



Zwar noch nicht lang eingewohnt, aber eine Lücke schließend, präsentiert sich seit Januar die BÄRENSTUBE in der Karl-Meißl-Straße. Wohlfühlen können sich hier vor allem Kinder! Sie finden ein Paradies von Kuschelbären, die handgefertigt werden und sie mit großen Augen anschauen. Eine Minute vom Wallensteinplatz entfernt tauchen auch Erwachsene in eine Oase ihrer Kindheit. Neben den vielen Bären finden sie wertvolles Holzspielzeug, das früher für die nächste Generation aufgehoben wurde. Auch hier zeichnet sich ein Ort der Begegnung ab. Man hat „a Ansprach“ und hilft dem Einzelhandel.

Vielen Dank diesen Geschäftsleuten, sie mögen uns noch lange erhalten bleiben.

BR Susanne Chirkov

Ein Schild...Bürgerstreich



Fotos2: Pfeiffer

Verschwendung von Steuergeldern nach Balkonsanierung in der Adolf-Schmidl-Gasse

35 Jahre lang war dieses Straßenschild an der Hauswand montiert. Obwohl es bei der Balkonsanierung nicht im Weg war, wurde es demontiert. Die Gründe warum und von wem dieses Schild entfernt wurde, konnte von offizieller Seite niemand beantworten.

Die Wiedermontage erfolgte über die zuständige Magistratsabteilung 28, die aus Kostengründen nicht mit den Mietern bzw. der Hausverwaltung verhandeln wollte. Dazu gibt es eine neue Vorgehensweise bei der MA 28. Nämlich jene, dass man Straßenschilder mit einer Eisenstange, die am Gehsteig verankert ist, befestigt.

Jedoch wurde diese Vorgehensweise mit der Bezirksvertretung nicht abgesprochen, obwohl der Bezirk jetzt die Kosten für diesen buchstäblichen Schild-Bürgerstreich übernehmen soll.

Durch das Eingreifen der FPÖ Bezirksfraktion wurde das Straßenschild wieder an der Hausmauer montiert, so dass auch die Bürger wieder zufrieden sind. Über die trotzdem entstandenen Kosten gibt es keine Angaben.

BR Alfred Pfeiffer



Grüne Sorgen hätten die Wiener gern!

Frauenquote für Straßennamen als März-Lachnummer

Es wird nicht wenige Brigittenauer geben, die sich, nicht nur angesichts immer höherer Lebenshaltungskosten, verschaukelt fühlten, bekämen sie die gesammelten Werke der Grünen zu Gesicht. Ein neues Kapitel ist der grüne Resolutionsantrag, eine Frauenquote bei Straßennamen einzuführen. Straßen, Gassen, Plätze und Stiegen im Bezirk sollen demnach solange nur nach Frauen benannt werden, bis eine 50%-Parität zu Männer-Namen gegeben ist. Bei nicht personenbezogenen Namen, wie etwa dem Mondscheinweg, müsste man dann eben die halbe Strecke „Mondinschein“ oder „Mondscheinin“ taufen, was ja leicht über die Zunge geht. Um in der Quotenjagd rascher voranzukommen, könnten auch Verkehrstafeln oder Hydranten mit Namen versehen werden.

Was kommt als nächstes? Um eine Schwulenquote zu erfüllen, müsste man vermutlich auf gleichgeschlechtliche Sträucher zurückgreifen, und für die Migrantenquote böten sich die Vorplätze der noch zu errichtenden Moscheen und Schächzentren an.

Wo das alles endet, wissen – Gott sei Dank – nur die Grünen Stadtplaner, die nach der nächsten Wahl – Gott sei Dank – wieder die Oppositionsarbeit planen dürfen. Bis dahin empfiehlt die FPÖ Brigittenau den quotenfixierten GrünInnen ein Seminar in Realitätssinn zu besuchen. Denn ja, es gibt Schief lagen und Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Und gegen den Grundsatz: „Gleiche Pflichten und Rechte für alle“ ist, als politisches Leitbild, nichts zu sagen. Gerade den Frauen, die durchschnittlich 25% weniger verdienen als männliche Kollegen, die sich als Witwen und alleinerziehende Mütter mit größten Problemen konfrontiert sehen, kann und muss anders geholfen werden als mit plump-tumbem Quotenpopulismus. Hausverstand und linker Zeitgeist sind aber unvereinbare Größen, das beweisen uns die Grünen immer aufs Neue.



Foto: Sehnert



Fotos4: Intefhet

Schlagzeilen wie „900.000 Österreicher psychisch krank“ sind alarmierend. Noch mehr sind es ihre Hintergründe. Natürlich ist der oft zitierte Streß an vielen sogenannten Zivilisationserkrankungen (mit)schuldig.

Aber woher kommt er? Überarbeitung, Burnout, Mobbing am Arbeitsplatz, Jobverlust und viele psychische Belastungen mehr, die ernsthafte seelische Leiden und auch körperliche Krankheiten nach sich ziehen können, sind nur eine Seite der Wahrheit.

Bewegungsmangel ist eine andere, sehr bedeutsame. Denn nicht nur der Seelenzustand wirkt auf den Körper, sondern das Körperempfinden beeinflusst umgekehrt auch das Gemüt. Die fortschreitende Naturentfremdung und Selbsteinsperrung des „modernen Menschen“ (der in seinem innersten Schaltplan immer noch nach Steinzeitprägung funktioniert) zieht viele Folgen nach sich, die nicht selten im Krankenbett enden.

Auch unsere Ernährung könnte „artgerechter“ sein, wie uns diverse Fast-food-Selbstversuche und einschlägige Studien bescheinigen. Hinzu kommt eine enorme Belastung durch Umweltgifte, deren gesamte Tragweite nicht annähernd erforscht ist. Gentechnik, Nanotechnologie,... werden auf den Menschen losgelassen, ohne jemals auf ihre Verträglichkeit untersucht worden zu sein. Nebenwirksame Pharmaprodukte erfüllen zumeist ihren beabsichtigten

Zweck, regelmäßig treten aber schädliche Nebenwirkungen ein, die mitunter schwerwiegender sind als die Krankheit, derentwegen man zu Medikamenten greift.

Schließlich wartet die chemische Industrie mit einem ganzen Arsenal an toxischen Stoffen auf, die vieles sind, nur nicht zuträglich. Da stets nur Einzelsubstanzen auf ihre mögliche schädliche Wirkung untersucht und Grenzwerte entsprechend festgelegt werden, bleibt die Gesamtwirkung, der „Cocktail-Effekt“, völlig vernachlässigt.

Der aber hat 's in sich. Ob Nahrungsmittel, Kosmetika, Bekleidung, Möbel, Hausstaub oder elektronische Geräte, stürmt tagtäglich eine Unzahl bedenklicher Stoffe auf den Menschen ein, ohne daß er sich dessen bewußt ist. Wenn er das wird, ist es oft schon Fünf vor Zwölf. Die Praxen von Umweltmedizinern sind nicht zufällig gut gefüllt.

Krank macht somit auch die verantwortliche Politik, die verlernt hat, den Gesundheitsschutz, getreu dem Vorsorgeprinzip, an die erste Stelle zu rücken. Interessen der Industrie und Profitspannen von Konzernen finden sehr viel eher Berücksichtigung als der Konsumentenschutz. Krank an dieser Art der Politik macht auch, daß sich der Mensch ohnmächtig, ausgeliefert und alleingelassen fühlt, weil die, die berufen wären, ihn zu beschützen, ihm diesen Schutz verweigern.

Das paßt ins Bild einer Riege von regierenden Volksvertretern, die auch sonst nichts unversucht läßt, den Bürger seiner Wurzeln zu berauben. Ob Familie, Herkunftsbewußtsein, Glaube, Gemeinschaftssinn,... wird dem Menschen vieles von dem aberzogen, was er für ein gesundes Selbstbild und ein intaktes Sozialleben braucht. Gender-Programme, Sprach- und Denkverbote oder das Ausspielen von Bevölkerungsgruppen gegeneinander sind einige Instrumente zur Totalverunsicherung des Einzelnen, den man sich so gefügig, weil orientierungslos und manipulierbar machen will.

Auch das macht krank, wenn es fürs erste auch nicht weh tut. Der Mensch, der nicht weiß, wer er ist, woher er kommt, woran er glaubt, wofür er lebt, welche Zukunftsperspektiven er hat, ist ein verlorenes Geschöpf. Immer mehr Österreicher sind von dieser Verlorenheit betroffen, die Ursachen ihrer Erkrankung werden aber sorgfältig unter den roten Teppich der medial gefeierten Selbstdarsteller gekehrt. Wer ihnen helfen will, muß die Dinge beim Namen nennen und nicht so tun als wären Häuser ohne Fundament besonders sturm- und krisensicher.

Die Krise ist da und es kommt noch sehr viel dicker. Wer sich wappnen will, muß sich vorbereiten, körperlich, mental, finanziell,... Darauf zu vertrauen, daß andere das für ihn machen werden, wird zu einer veritablen Enttäuschung, aber zu keinem guten Ende führen.



Foto: Sehner

Nabelfreiheit unerwünscht

Kaum zeigt sich Mutter Sonne vermehrt in Frühlingslaune, drohen mit den Wolkenschleiern auch andere Hüllen zu fallen. Befürchtet jedenfalls die für Integration und Frauenfragen zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger. Deshalb wurde von ihr die Wiener Werbe-watchgroup initiiert - um Frauen vor sexistischer Werbung zu schützen.

Die Wiener Bevölkerung ist aufgerufen Verstöße gegen den diesbezüglichen Kriterienkatalog zu melden. Frauenbergers Ziel ist „...dass in Wien jede Frau sicher, selbstbestimmt und frei von Sexismus leben kann.“ Nun haben die Sicherheitsdefizite in Wien fraglos andere Ursachen als frivole Werbung. Und es soll auch Frauen geben, die ihren Körper freijeglicher Fremdbestimmung herzeigen.

Die Verstärkung von Rollenbildern und Geschlechterklischees sowie die Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen werden von den Sexismusjägern als Motivation ihrer Arbeit genannt. Weshalb mit nackter Haut lockende Werbung – über deren ästhetischen Wert gestritten werden kann - zur Gewalt ge-



Foto: Internet

gen Frauen führen soll, erklärt die Stadträtin, die sich seit Jahren für den „Burkini“, die Burka fürs Bad und also ein Ursymbol gelebter Frauenrechte, stark macht, nicht. Geschenkt. Immerhin vertritt sie eine Stadtregierung, die Sodomaso-Kurse fördert, in denen es mutmaßlich – fast - gewaltfrei zugeht.

Sex Free im städtischen Beauty Free-Shop ist der neue sozialistische Heilsweg für ein nachhaltigeres Auseinanderleben der vom Ärger über massive Gebührenerhöhungen seitens der Stadtregierung geeinten Geschlechter. Die Prüderie hat dabei zukunftsweisende Methode: einem Nackten lässt sich nur schwer in die Tasche greifen.

Keine offiziellen Einwendungen kommen indes zur Werbekampagne der Fernseh-Moderatorin Barbara Karlich, deren Verzehrempfehlung für einen angeblich darmfreundlichen und blähfeindlichen Joghurt seit Monaten für Wegsehen sorgt. Entspricht das dem von den Frauenverstehern erwünschten Frauenbild?

Die Luxussorgen der Frau Stadträtin hätte manche Geschlechtsgenossin jedenfalls gerne. Denn nach wie vor blüht der Menschenhandel, der vor allem Kinder und Frauen betrifft. Was wird dagegen unternommen? Nach wie vor bekommen schon Kinder im weltweiten Netz Dinge zu sehen, gegen die die gewagteste Werbung ein Dokument der Unschuld ist. Was wird dagegen unternommen? Und ganz nebenbei werden mit ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) und Co unsere Freiheitsrechte und unsere Demokratie zu Grabe getragen. Aber wen interessiert das, solange Ablenkungsmanöver wie der Feldzug gegen „sexistische Werbung“ in den Medien funktionieren?

Irreführende Herkunftsbezeichnungen

Die Geschichte ist bekannt: Lübecker Marzipan heißt so, obwohl es um Lübeck keine Mandelbäume gibt. Schwarzwälder Schinken heißt so, obwohl es im Schwarzwald nicht die erforderliche Schweinezucht gibt. Diese Herkunftsangaben sind also teilweise irreführend.

Die EU nimmt das jetzt zum Anlaß, gleich auch alle authentischen Ursprungsangaben zu verwässern. So sollen einerseits nicht mehr „In Österreich hergestellt“ oder „Made in Germany“ auf den Verpackungen prangen, sondern durch ein nichtssagendes „Made in EU“ ersetzt werden (schon heute kann man z. B. bei Honig die nullwertige Phrase lesen: „Honigmischung aus EU- und nicht EU-Ländern“).

Zum anderen sollen jetzt auch Waren aus Fernost (China, Indien) und anderen Weltregionen EU-Gütesiegel tragen dürfen. Damit will man den Welteinheitsmarkt vorantreiben und den geschützten nationalen und regionalen Ursprungsangaben das Wasser abgraben. Damit ist klar, wohin die Reise gehen soll: den europäischen Bauern wird eine weitere Überlebensmöglichkeit genommen, chinesische oder thailändische Waren gelten dann de facto als „in der EU, weil nach EU-Qualitätskriterien, hergestellt“.

Ein fataler Schritt zur weiteren Internationalisierung, der das Bauernsterben hierzulande beschleunigen und unser Land in die Abhängigkeit nicht-österreichischer Nahrungsmittelproduzenten treiben würde. Ein Schritt, der aus Vernunftgründen demnach nur abgelehnt werden kann, denn Österreich gäbe damit die Chance zur Selbstversorgungsfähigkeit freiwillig und dauerhaft auf.



statt



Frauenstammtisch Bezirksgruppe 2 und 20



Fotos2: Landegger

V.l.: Ulrike Götschober, Monika Mühlwerth, Erika Landegger, Silke Götschober.

Das letzte Jahr war für uns freiheitliche Frauen ein sehr erfolgreiches. Seit einem Jahr gibt es nun den bezirksübergreifenden Frauenstammtisch der Bezirksgruppen 2 und 20. Mit der Gründung und dem erstmaligen Zusammentreffen im April haben wir für unsere freiheitlichen Frauen im Bezirk eine neue Möglichkeit geschaffen, über frauenspezifische Themen zu sprechen und mit anderen darüber zu diskutieren.

Bereits bei unserem ersten Stammtisch hatten wir das Vergnügen unter unseren Gästen Stadträtin Veronika Matiassek begrüßen zu dürfen. Ein weiteres Mal hat sie uns nun die Ehre gegeben und uns mit einem interessanten Vortrag über die aktuell herrschende Politik in Wien auf den neuesten Stand gebracht und danach mit uns über die vielen Missstände, vor allem im Bereich der Pflege, ausgelassen diskutiert.

Mit Bundesrätin Monika Mühlwerth konnten wir eine weitere sehr erfolgreiche freiheitliche Frau als unseren Gast begrüßen. Zur Frauen- und Genderpolitik berichtete uns Monika Mühlwerth rund um die Thematik in Parlament und Landtagen und wie die GrünInnen und Roten Vertreterinnen mit der „Genderfrage“ umgehen.

Ganz im Sinne der Gleichberechtigung und um auch für die richtige Männerquote bei unseren Frauenstammtisch zu sorgen, hatten wir auch das Vergnügen männliche Vortragende zu begrüßen. So hat uns bei unserem Stammtisch im März 2012, Klubobmann Stv. der FPÖ Leopoldstadt und Landesgeschäftsführer des RFJ-Wien Franz Lindbauer einen interessanten Bericht rund um die Vorfälle zum letzten WKR-Ball

sowie über die aktuelle Jugendpolitik gegeben.

Weiters konnten wir auch Vortragende ohne politischen Hintergrund begrüßen. So gab es einmal eine Einführung in Entspannungstherapien sowie auch die Vorstellung des Projektes vom Verein Socius (www.socius.at).

Wir freuen uns, bei jedem Stammtisch rund 20 Frauen begrüßen zu dürfen und hoffen, dass das Interesse in den nächsten Monaten noch wachsen wird.

Silke Götschober (FPÖ Leopoldstadt)
Erika Landegger (FPÖ Brigittenau)



Verlorene Heimat

Der 16jährige D. Z. aus Feldkirch schildert plastisch, was ihm und seinen Schulkollegen blüht, wenn sie auf eine der üblichen Zusammenrottungen junger Türken stoßen. Die 14jährige B. P. aus Niederösterreich schreibt der FPÖ und bittet um Ratschläge, wie sie dem von Mitschülern mit Migrationshintergrund ausgeübten Terror entgehen kann. Väter, Mütter, Onkel, Tanten und Großeltern aus Wien, auch aus den „Nobelbezirken“, berichten über Vorfälle, in denen ausländische Täter ihre minderjährigen Söhne

Organisierter linker Kriminalitätstourismus

Österreichs Sozialisten und Grüne, bekennende Feinde menschlicher Grundintelligenz, beauftragen Europas sozialistische Jugendbanden, in Wien für Kravalle und Ausschreitungen zu sorgen

Bekanntermaßen wurde in Deutschland und anderen europäischen Ländern auf einschlägigen linksradikalen Internetforen und Webseiten mit einem Pauschalbetrag geworben, in dem auch Kaffee und Kuchen inkludiert waren, um am 27. Jänner 2012 nach Wien zu Reisen und friedliche Ballgäste des WKR-Ball zu terrorisieren, zu demütigen und ihnen Gewalt anzutun.

Radikalsozialistische und linkslinke Gruppierungen in Österreich gaben bezahlte Aufträge an diverse europäische linksradikale Jugendbanden, um zu randalieren und mit „Gewalt ein sozialistisches Zeichen für Europa und die Welt“ zu setzen.



Foto: Internet

Einige linksradikale Gruppen in Europa mutieren mit enormer Geschwindigkeit zu sozialistischen Terrororganisationen nach dem Vorbild der Roten Armee Fraktion (RAF) der 1970er Jahre.

Wie bekannt ist, wurde mindestens eine 1-Kilo-Bombe bei den angeblich friedlichen sozialistischen Jugendbanden entdeckt und beschlagnahmt.

Was muß noch geschehen, bis der Verfassungsschutz tätig wird, um die bereits von links begonnene Entdemokratisierung Österreichs zu verhindern.

BR Dalibor Sumanski

bedroht, beraubt und verprügelt haben. Diese Berichte, die sich selten bis gar nicht in den Massenmedien finden, sind keine Einzelfälle, nicht Ausnahme, sondern – leider – die Regel. Quer durch die Republik macht frustrierte, perspektivlose Ausländerjugend gegen Österreicher mobil, die als „Schweinefleischfresser“, „Scheiß Österreicher“, „dreckige Nazis“ und „Schlampen“ tituiert und entsprechend behandelt werden. Das Heimatrecht österreichischer Kinder wird mit politischer Duldung abgetragen, den Fremden wird der Eindruck vermittelt, sie hätten völlige Narrenfreiheit. Eine Tragödie.



Sprachverbote als Ablenkungsmanöver

Ob Sprach- und Denkverbote als Krisenfeuerwehr taugen, darf ernsthaft bezweifelt werden. Bestenfalls eignet sich die Diskussion über Begriffe, die für politisch unkorrekt erklärt werden, als Ablenkungsmanöver, um nicht die tatsächlichen Probleme der Menschen ansprechen zu müssen.

Da gab es einen Kurier-Chefredakteur, der das Unwort vom „sogenannten Ausländer“ prägte. Was darunter zu verstehen ist, weiß nur Herr Christoph Kotanko selbst, der mittlerweile ein sogenannter Ex-Chefredakteur ist. Da gab und gibt es die Bemühungen der EU-Gender-Vorbeter, die dem Menschen sein biologisches Geschlecht absprechen wollen. Konsequenterweise fordern sie, dass nicht geschlechtsneutrale Anredeformen wie „Frau“, „Fräulein“, „Herr“... der Vergangenheit angehören sollen. Auch „Vater“ und „Mutter“ sollen in Sprachpension geschickt und durch das einheitliche „Elter“ ersetzt werden.

Der „Mohr im Hemd“ braucht kein „Elter“ mehr, wenn es nach den Sprachplanern geht, denn diese traditionelle Bezeichnung einer ebenso traditionellen Nachspeise gilt als rassistisch und also nicht (kaffee)salonfähig. Nun hat SOS Mitmensch den Terminus „Migrationshintergrund“ ins Visier genommen.

Mit der Petition „Stopp dem falschen Gerede vom Migrationshintergrund“ soll diesem Hinweis auf die außerösterreichische und häufig außereuropäische Herkunft einer Person der Garaus gemacht werden. Man ortet hinter dem Herkunftshinweis einen „Missbrauch von Lebensgeschichten“. Nun ist es richtig, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufig in den Vordergrund der Berichterstattung treten. Nicht aber, weil sie sich aufgrund dieser Begriffswahl diskriminiert fühlen, sondern weil sie überdurchschnittlich oft mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Sprachregelungen werden daran nichts ändern. Es geht also um eine Änderung bzw. Vermeidung von Fehlverhalten und nicht um dessen Vertuschung. Wer aber Kriminalitätsstatistiken schön, statt Kriminalität zu bekämpfen, und wer gegen „Sex in der Werbung“ zu Felde zieht und monatelang an der Umtextung unserer Bundeshymne werkt, statt für eine tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen zu sorgen, hat kein Interesse an Problemlösungen.

Zeitgeist-Aktionismus kann die Probleme unserer Gesellschaft nicht beseitigen, ja nicht einmal abmildern. Politische Verantwortung aber bedeutet, sich den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen zu stellen, nicht davon abzulenken. Da SPÖ, ÖVP und Grüne das nicht tun, tragen sie maßgeblich zur fortschreitenden Politik- und Demokratieverdrossenheit in unserem Land bei. Die FPÖ wird weiterhin alles in ihrer Macht stehende tun, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten. Denn wer in der Demokratie schläft, erwacht in der Diktatur. Und die wird, z. B. dank EU-Bevormundung und ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), still und heimlich etabliert, während uns die Berufsbestürzten der Gender- und Korrektheitsvereine mit substanzloser Kulissenschieberei ablenken.

HC Strache - FPÖ-Bundesparteiohmann

TERMINE:

Frauenstammtische:

Donnerstag, **26.4.2012**; 17:00 Uhr
Treffpunkt: Arbeiterstrandbadstrasse 122; 1220 Wien
(Eingang Donaupark) *Thema: Pfeffersprayschulung!*



Donnerstag, **24.5.2012**; 18:00 Uhr
1200 Wien, Klosterneuburgerstraße 82 (s´Schmankerl)

Weitere Termine:

Großer Bücherflohmarkt am Wallensteinplatz:

Am: **5.5.2012** von 7:00h bis 14:00h

Blaues Fest am Wallensteinplatz:

Am: **2.6.2012** von 7:00h bis 18:00h

Mit Lifemusik, Luftburg, Flohmarkt, Speis und Trank..

Seniorenstammtisch:

Jeden ersten Mittwoch um 16:00h, im Styria XX
Rauscherstrasse 5/Bäuerlegasse; 1200 Wien

Gemeinsam für Österreich!

Sie fühlen sich von der Politik der derzeitigen Regierung nicht vertreten? Sie wollen mitreden und Ihre Zukunft mitgestalten? Dann sind Sie bei uns richtig: Die FPÖ Brigittenau bietet allen engagierten Bezirksbürgern die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen, Ideen, Vorschläge und Konzepte zu unterbreiten oder uns einfach mitzuteilen, was in unserem Bezirk / in unserem Wien dringend geändert werden muss.

In der Jugendorganisation der FPÖ Brigittenau kommen Gleichgesinnte zusammen, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und nicht den rot-schwarzen Schuldenmachern und den grünen Tagträumern überlassen wollen.

Gemeinsam können wir viel erreichen! Für unsere Heimat. Für unsere Kinder. Für unsere Zukunft. Wir zählen auf Sie!

fuerdieheimat@fpoe-wien.at

HUNDEFRISEURIN „BRIGITTE“

scheren, schneiden, trimmen, Pfotenpflege, Komplettservice

Bei HUND und KATZE



professionell und liebevoll,
bei Ihnen zu Hause oder im Hundesalon (Wien 10),
ganz nach den Bedürfnissen Ihres Lieblings.

0676/879912826 Brigitte Baron

h.b.hundefriseur@gmail.com

Ich freue mich auf ihren Anruf!

Zustelladresse: